



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 378, 10.02.2011

**Grüne: Kinderschule soll Schule von Klasse 1 bis 10 werden -
Bildungskonsens sieht Modellvorhaben für längeres gemeinsames Lernen vor**

**Grüne fordern Ombudsstelle für Opfer von Missbrauchsfällen -
Antragsinitiative für mehr Kinder- und Jugendschutz beschlossen**

**Resolution: Für ein weltoffenes Land Bremen – gemeinsam gegen Rechtsex-
tremismus**

**Grüne fordern Bundesregierung auf, transparente Neuberechnung der Regel-
sätze vorzulegen**

Tipps und Links aus dem Internet

**Grüne: Kinderschule soll Schule von Klasse 1 bis 10 werden -
Bildungskonsens sieht Modellvorhaben für längeres gemeinsames Lernen vor**

Längeres gemeinsames Lernen auch über Klasse 4 hinaus – das soll die Kinderschule als staatliche Modellschule ab dem Schuljahr 2012/13 umsetzen können. Diesen Wunsch der Eltern und Kinderschule unterstützt die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Anja Stahmann. Die Kinderschule hat bereits ein entsprechendes Konzept vorgelegt. Sie wartet nun auf Zustimmung aus der Politik.

„Der Schulkonsens sieht solche Schulmodelle ausdrücklich vor. Die CDU hat mir bereits positive Signale gegeben. Ich erwarte, dass auch die anderen Fraktionen diese Entwicklung hin zu einer Modellgemeinschaftsschule von Klasse 1 bis 10 unterstützen. Das staatliche Schulwesen braucht reformpädagogische Impulse. Davon können andere Schulen lernen. Wir könnten unser Schulsystem weiter entwickeln“, be-

tont Anja Stahmann. Die Sprecherin der Bildungsdeputation weist darauf hin, dass die Kinderschule längst eine Schule im Reformprozess mit einem Personalmix unterschiedlichster Professionen ist.

Viele Eltern sind von dem innovativen Grundschulkonzept begeistert, wovon sich Anja Stahmann bei einem Besuch der Kinderschule überzeugt hat. Das Konzept vereint Hort und Schule, sieht die frühe individuelle Förderung der Kinder vor und setzt auf inklusive Pädagogik. „Die Eltern und Kinder wünschen sich, länger zusammen zu lernen. Das gemeinsame Lernen von Klasse 1 bis 10 soll schrittweise aufwachsen. Ich kann mir das gut vorstellen“, so Anja Stahmann.

Grüne fordern Ombudsstelle für Opfer von Missbrauchsfällen - Antragsinitiative für mehr Kinder- und Jugendschutz beschlossen

Die Grünen setzen sich für die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle ein, an die sich insbesondere auch junge Menschen in Fällen von sexueller, seelischer und körperlicher Misshandlung wenden können. Die zur Verschwiegenheit verpflichtete Ombudsperson soll vom Parlament gewählt werden. Eine entsprechende Initiative für die Bürgerschaft haben die Grünen zum Auftakt ihrer Fraktionsklausur beschlossen. Dazu erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Anja Stahmann: „Insbesondere Kinder und Jugendliche befinden sich z.B. in der Schule oder im Heim in einem starken Abhängigkeitsverhältnis. Sie brauchen in Fällen von Missbrauch oder Diskriminierung eine unabhängige Anlaufstelle, wenn das Vertrauen zur Einrichtung fehlt oder keine Lösung zu erzielen ist. Kinder und Jugendliche müssen wissen, dass es jemanden gibt, der ihnen glaubt und für sie eintritt. Mit der Ombudsstelle wollen wir zum Ausdruck bringen, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen fürs Parlament die höchste Priorität hat.“

Der Antrag der Grünen sieht ferner vor, die Prävention in landeseigenen und kommunalen Einrichtungen, Vereinen und sonstigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zu verbessern. So soll der Senat für das eigene Personal und die MitarbeiterInnen von Vereinen und sonstigen Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit verbindliche Regeln wie z.B. ein erweitertes Führungszeugnis erarbeiten, die den Kontakt von bereits als Tätern aufgefallenen Personen mit Kindern wirksam unterbinden. Darüber hinaus soll der Senat unter Einbeziehung des Bremer Jugendrings, des Landessportbundes und der Wohlfahrtsverbände einen Verhaltenskodex zur Prävention sexueller Gewalt in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen erarbeiten.

Nicht zuletzt sprechen sich die Grünen für eine gemeinsame Bundesratsinitiative mit anderen Ländern aus, um die Verjährungsfrist zu erhöhen. Zudem sollen die Opfer sexuellen Missbrauchs in das Opferentschädigungsgesetz einbezogen werden, damit sie ihnen bisher vorenthaltene Leistungen in Anspruch nehmen können.

Resolution: Für ein weltoffenes Land Bremen – gemeinsam gegen Rechtsextremismus

Zum Abschluss ihrer Klausurtagung in dieser Woche haben die Grünen gestern eine Resolution gegen Rechtsextremismus beschlossen (die Resolution im Wortlaut findet sich im PDF-Anhang). Dazu erklärt der stellv. Fraktionsvorsitzende Björn Fecker: „In Bremen und Bremerhaven ist kein Platz für Neonazis. Wir Grünen stellen uns gemeinsam mit allen couragierten BremerInnen und BremerhavenerInnen der NPD in den Weg. Wir rufen dazu auf, sich an den friedlichen Protesten gegen das Auftreten von Rechtsextremisten am 1. Mai zu beteiligen. Gemeinsam können wir deutlich machen: Bremen und Bremerhaven bleiben weltoffene Städte, in denen wir Hassparolen und Ausgrenzung nicht dulden. Die NPD spricht vor allem WählerInnen an, die sich an den gesellschaftlichen Rand gedrängt fühlen. Das nimmt alle demokratischen Kräfte in die Pflicht, keine Menschen ins gesellschaftliche Abseits zu stellen.“

Grüne fordern Bundesregierung auf, transparente Neuberechnung der Regelsätze vorzulegen

Angesichts der gescheiterten Hartz-IV-Verhandlungen fordern die Grünen die CDU/FDP-Bundesregierung auf, eine transparente und nachvollziehbare Neuberechnung der Regelsätze vorzulegen. Das hat die Fraktion gestern auf ihrer Sitzung beschlossen (s. PDF-Anhang). Dazu erklärt Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner: „Falls die Bundesregierung ihre Blockadehaltung bei den Regelsätzen beibehält, kann es keine Einigung geben. Die vorgelegten Regelsätze entsprechen nicht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Herausgekommen ist erneut ein willkürlicher Regelsatz.“

Der sozialpolitische Sprecher Horst Frehe ergänzt: „Zirkelschlüsse, die z.B. AufstockerInnen in die Vergleichsgruppe einrechnen, sind nicht zulässig. Diese Trickserie auf dem Rücken von sieben Millionen betroffenen Menschen verurteilen wir. Die Bundesregierung nimmt sehenden Auges in Kauf, dass ihr Murks abermals vor dem Bundesverfassungsgericht beklagt würde. Die Menschen erwarten zu Recht, dass eine schnelle Einigung zum Wohl der Leistungsbeziehenden erzielt wird.“

Tipps und Links aus dem Internet

Neue Themenseite zu Rechtsextremismus auf der grünen Fraktionshomepage

Auf der Homepage der grünen Bürgerschaftsfraktion gibt es ab sofort eine weitere Themenseite zum Thema Rechtsextremismus. Hier finden Sie aktuelle Informationen und Pressemitteilungen, parlamentarische Initiativen und Berichte und Interviews zum Thema.

Schauen Sie doch mal rein:

<http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/rechtsextremismus/rubrik/19/19238.rechtsextremismus.html>

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von
Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.